

Gesamterneuerungswahlen in Guatemala vom 9. September 2007

Nach einem äusserst gewaltsamen Wahlkampf, der über fünfzig Todesopfer unter den KandidatInnen und AktivistInnen forderte, verliefen die Wahlen in Guatemala vom vergangenen 9. September im Grossen und Ganzen friedlich und geordnet. Die WahlbeobachterInnen der Europäischen Union (EU) lobten den Urnengang denn auch als ein „grossartiges Beispiel“ für ganz Lateinamerika.

Es hatte zwar in 15 Gemeinden Konflikte gegeben, welche zum Teil die Nachzählung der Stimmen verunmöglichten, es wurden Urnen verbrannt und Material zerstört, doch diese Zwischenfälle scheinen tatsächlich nicht gravierend zu sein. Selbst die Stiftung Myrna Mack lobte die Ruhe während der Wahlen, denn „die Zwischenfälle, welche vereinzelt in einigen Wahlzentren passierten, bedeuteten nicht – wie befürchtet worden war – Tendenz zur Gewalt weder im Verhalten der Parteiaktivisten, noch der Bevölkerung im Allgemeinen; dies, weil die wichtigsten politischen Konkurrenten bisher mit Vorsicht und Mass gehandelt haben“.

Die Wahlbeteiligung betrug 57,92%.

Die Wahlergebnisse

Präsidentenwahlen

Es wird am 4. November 2007 zu einer Stichwahl zwischen Álvaro Colom (UNE, Nationale Einheit der Hoffnung) und Otto Pérez Molina (PP, Patriotische Partei) kommen; denn keiner der 14 KandidatInnen hat das absolute Mehr erreicht. Colom erreichte 28,33% und Pérez Molina 23,78% der gültigen Stimmen. An dritter Stelle liegt Alejandro Giammattei (Gana, Grosse Nationale Allianz und gegenwärtige Regierungspartei).

Der Wahlausgang vom 4. November 2007 ist nun völlig offen. Colom und Pérez Molina, UNE und PP sind nun daran, um die Unterstützung der übrigen Parteien und der zivilen und politischen Organisationen zu buhlen.

Rigoberta Menchú hat 3,05% der Stimmen erhalten und liegt an sechster Stelle. Ihr schlechtes Resultat könnte die Diskriminierung und den Machismo Guatemalas widerspiegeln, aber auch darin begründet sein, weil angenommen wurde, dass ihr Wahlkampf von rechtskonservativen Gruppen und unbeliebten Unternehmern finanziert wurde. „Wie dem auch sei, ihre blosser Teilnahme war eine sehr gesunde Übung für unsere schwächliche Demokratie“, kommentierte ein politischer Analyst Menchús Kandidatur.

Das Bündnis zwischen der Partei EG (Encuentro por Guatemala /Zusammenkommen für Guatemala) und Winaq, die politische Gruppe von Menchú, werde aufgelöst, erklärte die EG-Zentralsekretärin und Abgeordnete Nineth Montenegro. Winaq werde nun daran gehen, eine eigene politische Partei zu werden.

Kongresswahlen

Für den Kongress wurden 158 Abgeordnete gewählt. Als stärkste Partei errang die UNE 48 Sitze; es folgen Gana mit 37 und PP mit 30 Sitzen. Gemeinsam könnten diese drei Parteien jegliche Opposition überstimmen.

Die Partei von Ríos Montt, der Frente Republicano Guatemalteco (FRG), verlor 14 Sitze und hat im neuen Kongress nur noch 15. Ríos Montt wurde aber ein weiteres Mal als Abgeordneter gewählt und geniesst nun in Guatemala wieder völlige Immunität. Das heisst, er kann während der nächsten vier Jahre in Guatemala auch nicht wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit belangt werden. Ausserhalb des Landes jedoch bleibt der internationale Haftbefehl zur Auslieferung an die spanischen Justizbehörden in Kraft.

Sitze eingebüsst hat auch PAN (Partido Avanzada Nacional). Sie zählt ab 2008 nur noch vier anstelle der heutigen 15 Sitze. PAN war während Alvaro Arzús Regierungszeit Regierungspartei, wurde aber seither umstrukturiert.

EG hat weiterhin vier Sitze. URNG-Maíz hält ihre zwei Sitze.

Die Parteien Día, Alianza Nueva Nación (ANN), El Frente und sogar die älteste Partei Guatemalas, die Democracia Cristiana Guatemalteca (DCG), sind aus dem Kongress ausgeschieden.

Gemeindewahlen

Auch aus den Gemeindewahlen geht UNE als stärkste Partei hervor: sie hält 131 der 332 Bürgermeisterämter. Es folgen Gana mit 59, PP mit 56, PU (Partido Unionista) mit 20 (darunter ist allerdings der Bürgermeister der Hauptstadt: Alvaro Arzú wurde wieder gewählt), FRG mit 18, UCN (Union del Cambio Nacionalista) mit 12, verschiedene Bürgerkomitees ebenfalls mit 12 Sitzen. Bei den Bürgerkomitees wurde auch der wegen Drogenhandel und vermutlich in den Mord der salvadorianischen Abgeordneten verwickelte bisherige Abgeordnete Manuel Castillo gewählt. Er ist ab 2008 Bürgermeister von Jutiapa. (Vgl. Aktuelles aus Guatemala Januar-anfangs März 2007 und Aktuelles aus Guatemala vom 20.8.2007). Von den linken Parteien haben URNG-Maíz 5, ANN 2 und EG 1 Bürgermeisteramt errungen.

Unter den neuen 332 BürgermeisterInnen sind nur acht Frauen, 106 hatten kandidiert. Miriam López Ochoa (PP), die in San Marcos gewählt wurde, erklärte, der Wahlkampf sei hart gewesen, es hätten sich auch 12 Männer für das Amt beworben. „Ich will meine Pflicht gegenüber meinen Leuten erfüllen, um diesen Macho-Männern, die mich kritisierten, zu zeigen, dass auch eine Frau ihre Arbeit gut machen kann“, sagte sie nach der Wahl in einem Interview.

129 der 332 BürgermeisterInnen werden Indígenas sein, gegenüber 123 in der noch laufenden Legislatur. Die Departemente mit den meisten Indígenas im Bürgermeisteramt sind: Huehuetenango mit 22, Sololá mit 17, San Marcos, Quiché und Quetzaltenango mit je 14 und Totonicapán mit 8.

Weitere Aktualitäten in Kürze

CICIG

Am 3. September 2007 wurde die Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala (CICIG) rechtskräftig, damit begann die Periode von zwei Jahren zu laufen, während derer die Kommission im Land tätig sein muss. (Diese Laufzeit kann verlängert werden.) Der Generalsekretär der UNO hat den spanischen Juristen Carlos Castresana Fernández zum Leiter der CICIG ernannt. Dieser wird ab dem 17. September 2007 seine Arbeit im Land aufnehmen und zur Vorbereitung und Organisation der Kommission Besprechungen mit politischen Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaft und mit den diplomatischen Vertretungen führen.

Wirbelsturm „Felix“

Der Wirbelsturm „Felix“ hat Guatemala nur gestreift. Im Departement Izabal an der Karibikküste hat der Wirbelsturm in Puerto Barrios und Morales zu Überschwemmungen geführt, Schäden an Häusern verursacht und eine Brücke zum Einsturz gebracht. Betroffen waren zwischen 4000 und 4500 Menschen, Todesopfer sind keine zu beklagen.

Quellen: Incidencia democrática, Der Bund, NZZ, WoZ, El País, La Hora, El Periódico, Prensa Libre, Siglo Veintiuno

Bearbeitung: Ursula Baumgartner / 16.9.2007